

YANN WERNERT

University of Potsdam

ORCID: <https://orcid.org/0000-0001-8297-5474>

DOI : 10.14746/rie.2018.12.9

Ein Jahr Macron und Merkel. Was hat die deutsch-französische Partnerschaft erreicht?

Die Begeisterung war groß, als Emmanuel Macron 2017 mit einer proeuropäischen Kampagne die französische Präsidentschaftswahl gewann. Eine neue Ära deutsch-französischer Kooperation schien möglich, von der die gesamte Europäische Union profitieren würde. Was ist aus diesen Hoffnungen geworden? Der Beitrag untersucht die politische Ausgangslage, stellt umgesetzte sowie gescheiterte Projekte vor und schaut auf die Planungen für die Zukunft.

Schwierige Ausgangslage

Die deutsch-französische Partnerschaft war lange Zeit dysfunktional. Seit der Finanzkrise war Frankreich als Treiber europäischer Integration ausgefallen. Finanziell litt das Land unter wachsenden Schulden und einem lange währenden Reformstau: die Neuverschuldung verfehlte permanent die Maastricht-Kriterien, der absolute Schuldenstand wuchs auf bedenkliche Höhen an. Die Führungsschwäche des Präsidenten Hollande (2012–2017) verstärkte zuletzt noch diese strukturellen Probleme. Das ziellose Agieren, manchmal im Fahrwasser der deutschen Austeritätspolitik, manchmal entgegen dieser Programmatik, ließ den europapolitischen Einfluss Frankreichs zunehmend sinken.

Der neue Amtsinhaber Macron, im Mai 2017 gewählt, konnte auf einen gewaltigen Vertrauensvorsprung zählen. Zur Erleichterung über das schlechte Ergebnis des Front National gesellte sich die Hoffnung auf eine Politik, die Frankreich wieder als aktiven Gestalter europäischer Politik legitimieren würde. Zudem wurden im Wahlprogramm Macrons Vorschläge für eine vertiefte europäische Integration ausgeführt, die als erstrebenswerter Weg wahrgenommen wurden und im Stil mit der Krisenbewältigung kontrastierte, die die europäische Politik seit einiger Zeit prägte.

Aus Rücksicht auf den Wahlkampf in Deutschland hielt sich Macron mit konkreten Vorschlägen zunächst zurück. Es wurde nach den deutschen Bundestagswahlen im September 2017 mit einer gewohnt schnellen Regierungsbildung gerechnet. Die langwierigen und schließlich scheiternden Sondierungsgespräche der sogenannten „Jamaika-Koalition“ zwischen CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP, sowie die anschließenden, nicht weniger problematischen Gespräche zwischen CDU/CSU und SPD, zögerten jedoch das Prozedere deutlich hinaus.

Macron hatte bei seiner Rede in der Sorbonne-Universität am 26. September 2017, nur zwei Tage nach der Bundestagswahl, weitreichende Vorschläge zur Zukunft der Europäischen Union gemacht (Macron, 2017). Mit einer raschen Regierungsbildung

in Deutschland hätten konkrete Gespräche bereits im Winter 2017 beginnen können, doch letztendlich wurde die neue Regierung erst im März 2018 vereidigt. Damit ist seit der Wahl Macrons bereits ein volles Jahr vergangen, bis beide Partner handlungsfähige Regierungen aufstellen konnten.

Hat sich die Geduld gelohnt? Das ist noch unsicher, denn zwei gegenläufige Entwicklungen finden derzeit in Deutschland statt. Eine davon ist für Macron sehr positiv zu bewerten: die SPD hat in den Koalitionsgesprächen großen Wert darauf gelegt, der Europapolitik einen hohen Stellenwert beizumessen, was sich symbolisch wie praktisch im Koalitionsvertrag wiederfindet. Das erste Kapitel des Koalitionsvertrags ist mit „Ein neuer Aufbruch für Europa“ betitelt, ein Novum in der deutschen Politik, und führt über fünf Seiten aus, was die Bundesregierung europapolitisch anstreben will (CDU/CSU/SPD, S. 6 ff.). Die Ziele sind durchaus mit denen Macrons kompatibel, dazu aber später mehr, wenn es um die einzelnen Inhaltspunkte gehen wird. Hier hat die generell stark proeuropäische Ausrichtung der SPD, die Federführung der Gespräche durch den ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments und zur Zeit der Verhandlungen SPD-Vorsitzenden Martin Schulz, sowie die schwache Verhandlungsposition der CDU/CSU, die keine wünschenswerten Alternativen bei der Suche nach Koalitionspartnern mehr hatte, ausgewirkt.

Eine gegenteilige Entwicklung ist jedoch greifbar, die die Pläne Macrons nicht unerheblich gefährden. Das gute Abschneiden der rechtspopulistischen AfD bei den Bundestagswahlen hat einen tiefen Eindruck hinterlassen, der u.a. die konservativen Kräfte innerhalb der CDU/CSU stark verunsichert hat. Soll der liberale Modernisierungskurs Angela Merkels fortgeführt werden, oder ist eine Rückkehr zu einer klareren konservativen Ausrichtung notwendig, um die rechten Kräfte wieder innerhalb der Union zu repräsentieren, wie es zu früheren Zeiten der Fall war? Die Debatte findet innerhalb der CDU stärker denn je statt, denn die Vorsitzende Angela Merkel ist durch das magere Wahlergebnis (das schlechteste seit 1949) und ihre absehbare Ablösung zu Ende der Legislaturperiode geschwächt. In der CSU haben bereits die Proponenten eines strikt konservativen Kurses die Oberhand gewonnen. Das hat sich drastisch bei der Flüchtlingsfrage gezeigt, an der im Juni 2018 die Regierung fast zerbrochen wäre, und die Loslösung der CSU von der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU, die seit Gründung der Bundesrepublik besteht, schien denkbar (Der Westen, 2018).

Neben der Gefahr eines Bruchs der Bundesregierung steht für Macron ebenso auf dem Spiel, dass seine Lösungen zur dauerhaften Bewältigung der Instabilität in der Eurozone abgelehnt werden. Zum konservativen Kurs gehört nämlich auch, jeglichen Zahlungsverpflichtungen oder Haftungen gegenüber europäischen Institutionen skeptisch gegenüber zu stehen. Hier wirkt die alte Angst nach einer Transferunion nach, in der die Bundesrepublik als „Zahlmeister“ (Stelter, 2017, S. 5) für die Schulden südeuropäischer Staaten aufkommen müsste, die bereits während der griechischen Schuldenkrise für Schlagzeilen gesorgt hatte. So betonte der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU), dass seine Zustimmung zu den Reformplänen der Eurozone keinesfalls gegeben sei: „Wir wollen keine Schuldengemeinschaft haben. Es kann doch nicht sein, dass europäische Finanzinstrumente entwickelt werden, um beispielsweise italienische Banken zusätzlich zu retten“ (Die Welt, 2018a). Selbst Annegret Kramp-Karrenbauer, eine enge Vertraute Angela Merkels, betonte im April 2018 zum Eurozonenbudget: „Ich glaube, dass dies nicht sinnvoll wäre“ (Handelsblatt, 2018).

Auf französischer Seite kann Macron dagegen trotz schwankender Popularitätswerte weitgehend nach seinen Vorstellungen europapolitische Themen angehen. Die Partei mit der am stärksten ausgeprägten Euroskepsis, dem Rassemblement National (ehemals Front National), ist in schwere innere Auseinandersetzungen verwickelt und hat bei dem Versuch, eine klare Position zum Euroaustritt und zum „Frexit“ zu formulieren, mit einer Abspaltung und viel Kritik der Basis zu kämpfen (Lambreccq, 2017; Die Presse, 2018). Die Kritik an Macron konzentriert sich auf sozialpolitische Themen, die nicht unmittelbar mit seinen Plänen auf europäischer Ebene verbunden sind. Im Parlament kann er bei diesen Themen auf die Unterstützung seiner Partei, *La République en marche* (LREM), zählen, und muss keine Kompromisse mit Koalitionspartnern eingehen. Seine Regierung besteht zwar u.a. aus Ministern, die anderen Parteien angehören (von der linken *Parti Socialiste* wie von der konservativen *Les Républicains*), sie haben aber bislang keinen Dissens zur Europapolitik des Präsidenten erkennen lassen.

International sonnt sich Macron in einem beachtenswerten Paradigmenwechsel. Frankreich, unter Hollande noch als verkrustet, kraft- und ideenlos angesehen, liegt plötzlich im Trend und gilt wieder als politische Herzkammer der Europäischen Union. Medial wird nicht mehr diskutiert, ob Frankreich sich aufraffen kann, einen Beitrag zur Reform der EU zu leisten. Vielmehr wird seit der Sorbonne-Rede auf eine Antwort Deutschlands gewartet, das nunmehr selbst als träge und allzu sehr auf die eigenen Finanzen bedacht wahrgenommen wird. Von der Regierungsebene abgesehen hat sich jedoch wenig im Kräfteverhältnis beider Länder geändert. Frankreich konnte sich nach neun Jahren endlich des Defizitverfahrens entledigen (Europäische Kommission, 2018a, S. 1), das seine Glaubwürdigkeit bei finanziellen Fragen unterminierte. Dennoch werden jedes Jahr neue Schulden aufgenommen, und es wurden bereits besorgniserregende 97% des BIP an Schulden angehäuft (INSEE, 2018, S. 1). Dagegen erfreut sich die Bundesrepublik sprudelnder Einnahmen und baut seit einigen Jahren Schulden ab, zwischen 2014 und 2017 sank die Schuldenquote von ca. 75% auf 64% des BIP (Statistisches Bundesamt, 2018), für 2019 soll sie unter die Obergrenze der Maastrichter Konvergenzkriterien von 60% fallen (Scholz, 2018). Der finanzielle Gestaltungsspielraum Deutschlands bleibt also nach wie vor ungleich größer als der Frankreichs. Nun geht es darum, ob die Bundesregierung auch zu einer Geste in Richtung Europa bereit ist, obwohl dies ein innenpolitisches Risiko darstellt.

Ein Jahr mit wenigen Fortschritten

Wirklich handlungsfähig ist die deutsch-französische Partnerschaft also erst seit März 2018, in der Praxis sogar später, denn nicht wenige Bundesminister wurden neu berufen und müssen sich erst einarbeiten. Trotz der ungünstigen Umstände wurden jedoch bereits einige Entscheidungen auf den Weg gebracht.

Eine der ersten Entscheidungen, die auf der europäischen Agenda nach der Wahl Macrons anstanden, war die Neuformulierung der Entsenderichtlinien. Sie gibt den Rahmen für die Beschäftigung „entsandter“ Arbeiter in andere Länder der Europäischen Union fest. Durch eine geschickte Einbeziehung einiger osteuropäischer Länder konnte Macron einen Kompromiss erreichen, der im Sinne der französischen Position

modelliert wurde. So wurde für die anstehenden Verhandlungen im Voraus festgelegt, dass auf derselben Arbeitsstelle für dieselbe Arbeit auch derselbe Lohn gezahlt werden muss, unabhängig vom EU-Herkunftsland eines Arbeitnehmers (Europäische Kommission, 2018b). Deutschland hat hier eher die Rolle einer moderierenden, West- und Osteuropa zusammenführenden Rolle übernommen. Es hat sich hier also keine genuin deutsch-französische Partnerschaft gezeigt, mehr ein glückliches Zusammenkommen verschiedener Positionen.

Stärker war der deutsch-französische Einfluss beim Zustandekommen der permanenten strukturierten Kooperation im Verteidigungsbereich (PESCO). Frankreich wollte eher starke und dafür exklusive Strukturen schaffen (Bil, 2017), um Handlungsmöglichkeiten jenseits der NATO und der nationalen Kräfte aufzubauen. Deutschland drängte auf einen inklusiven Ansatz (Helwig, 2017, S. 4) und setzte sich schließlich durch. PESCO sind trotz anfänglicher Skepsis 25 EU-Mitgliedstaaten beigetreten (European Union External Action, 2018). Den vertieften Ansatz hob Macron 2018 wieder auf die Agenda, er möchte noch einen weiteren Mechanismus einführen, der gegenwärtig unter dem Namen einer „Interventionsarmee“ diskutiert wird (Macron, 2017).

Doch zurück zu PESCO: diese Initiative zielt vor allem darauf ab, die Interoperabilität der europäischen, nationalen Streitkräfte zu verbessern, und Fähigkeiten zu bündeln. Auch finanziell werden Vorteile erwartet, über den EU-Rüstungsfonds sollen gemeinsame Projekte geplant und umgesetzt, die wuchernde Vielfalt an Material und Rüstungsgüter reduziert werden (European Union External Action, 2018). PESCO hat einen begrenzten Umfang, stellt jedoch einen größeren Schritt hin zur engeren Verzahnung der Verteidigungskapazitäten. Seit dem Ablehnen des Pleven-Planes durch die französische Nationalversammlung im Jahr 1954 hatte sich wenig in diesem Bereich bewegt (Deschoux-Dutard, 2018, S. 31 ff.), auch die viel diskutierten EU-Battlegroups wurden nie eingesetzt. Die Grundsatzentscheidung zugunsten von PESCO ist gefallen. Nun bleibt abzuwarten, wie gut die EU-Staaten in der Praxis zusammenarbeiten, und ob aus vergangenen Fehlern gelernt wurde. Multilaterale Rüstungsprojekte haben eine bewegte Vergangenheit und keinen sonderlich guten Ruf, dabei machen sie in vielerlei Hinsichten Sinn. Dank Skaleneffekten ergeben sich wirtschaftliche Vorteile, besonders der Wegfall kostspieliger Neuentwicklungen von Waffensystemen für jedes Land zahlt sich aus, aber auch die nicht zu unterschätzende Bereitstellung von Ersatzteilen für die Wartung der Ausrüstung wird dadurch einfacher und damit auch günstiger. Es bleibt zu hoffen, dass sich in den kommenden Jahren auch angesichts angespannter Haushalte weniger nationaler Egoismus und mehr Kooperation durchsetzt. Die europäische Kooperation wird umso dringlicher gebraucht, je mehr Präsident Trump an der Glaubwürdigkeit der NATO sägt und die Bündnisverpflichtungen der USA in Frage stellt.

Gescheiterte Pläne

Einige der von Macron geforderten Reformen der Europäischen Union sind bereits gescheitert. Im Januar 2018 lehnte im Europäischen Parlament eine von Konservativen, Rechtspopulisten und einigen Linken getragene Mehrheit die Einführung transnationaler Wahllisten für die Parlamentswahl 2019 ab (Stierle, 2018).

Umständlich gestaltet sich nach wie vor die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen. Seit Jahren fristet sie ihr Dasein als Idee zur Finanzierung verschiedenster Vorhaben. Aufgrund verschärfter Konkurrenz wird davon ausgegangen, dass sie nur europaweit an den Start gehen kann. Eine Finanztransaktionssteuer war in Macrons Wahlprogramm enthalten, doch als die Unvermeidbarkeit des Brexits immer klarer zeigte und Londoner Banken sich nach neuen Standort umsahen, war sich der französische Präsident nicht zu schade, die Steuer bis auf Weiteres zu verschieben, um Banken und Investmentgesellschaften Paris schmackhaft zu machen (Becker et al., 2017). Es ist zwar nicht ausgeschlossen, dass die Steuer doch noch umgesetzt wird, doch als kurzfristige Lösung taugt sie wohl nicht.

Bei der Flüchtlingspolitik kommt die Suche nach tragbaren Lösungen im europäischen Rahmen nur sehr langsam voran. Frankreich nimmt eine Mittelposition zwischen der tendenziell liberalen Haltung der Bundesrepublik (die zunehmend von der CSU in Frage gestellt wird) und der stark ablehnenden Haltung der Visegrád-Staaten einnimmt. Macron verbindet einen liberalen Diskurs mit einer rüden Vorgehensweise vor Ort. Während er die humanitären Wurzeln Europas und die damit verbundenen Pflichten betont, steht er hinter der teils entwürdigenden Räumung von Flüchtlingslagern in Frankreich (Baralon, 2017).

Aufgrund der unterschiedlichen Sichtweisen auf Flucht (und Migration im Allgemeinen) ist die Lösungsfindung besonders kompliziert. Eine europäische Agentur für Migrationsfragen mit einer gemeinsamen Datenbank über die Identität von Flüchtlingen, wie sie Macron fordert (Macron, 2017), ist bislang nicht in Sicht. Ebenso zeigt die fast täglich aufs Neue verhandelte Aufnahme einzelner Flüchtlinge, die über das Mittelmeer von Rettungskräften aufgegriffen wurde, dass selbst vorübergehende Regelungen schwer zu erreichen sind. Die Regierungsbeteiligungen der Lega in Italien und der FPÖ in Österreich haben zweifellos nicht dazu beigetragen, dass es in diesem Feld zu einem europäischen Konsens kommt.

Ambitionierte Pläne, ausstehende Umsetzung

Die meiste Aufmerksamkeit genießt die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion. Macron möchte nicht weniger als das Ende einer einseitigen Austeritätspolitik. Zwar sollen die Stabilitätskriterien für die Euroländer weiterhin gelten (nicht mehr als 3% Neuverschuldung pro Jahr)¹ und damit durchaus auch Sparbemühungen bei solchen Staaten vorangetrieben werden, die im Verhältnis zu ihren Einnahmen zu viele Ausgaben aufweisen. Es soll jedoch ein Investitionsfonds hinzugefügt werden (Normand, 2018), der dabei hilft, das klassische Dilemma der Rezession zu überwinden. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krise wird vom Staat erwartet, mittels Ausgabenprogrammen die Konjunktur zu stützen und ein allzu starkes Abgleiten der wirtschaftlichen Dynamik zu verhindern. Dieses Abfedern ist in der Regel schwierig, denn eine Wirtschaftskrise bedeutet u.a. ein Brechen der Steuereinnahmen und höhere sozi-

¹ Die ebenso festgehaltene Pflicht, nicht mehr als 60% des BIP an Schulden anzuhäufen, ist angesichts der Realitäten kaum einzufordern. Die wenigsten Euroländer genügen nach der Finanzkrise noch diesem Kriterium.

alpolitische Kosten, beispielsweise für die Arbeitslosenversicherung. Der Euro-Investitionsfonds soll über mehrere Jahre Mittel sammeln, um in solchen Momenten der Not einzelnen Ländern unter die Arme zu greifen und generell zur Konvergenz bei der Wettbewerbsfähigkeit beizutragen (Normand, 2018). Das liegt auch im Interesse aller Eurozonenländer, nur allzu gut ist die Wirtschaftskrise Griechenlands in Erinnerung, die fast die Eurozone gesprengt hätte.

Diese Maßnahme hat aus deutscher Sicht entscheidende Nachteile. Zum einen verleitet sie möglicherweise einige Länder dazu, mehr Schulden aufzunehmen, da sie im Falle des Falles auf Unterstützung hoffen können. Hier zeigt sich die alte deutsche Angst, in eine „Transferunion“ zu rutschen, wobei gerne ausgeblendet wird, dass wesentliche Teile des EU-Budgets dafür verwendet werden, weniger wohlhabenden Mitgliedstaaten beim Ausbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft zu helfen, und dies gerade für deutsche Unternehmen sehr positive Effekte gezeitigt hat. Noch schlimmer würde wahrscheinlich nur die Haftung für Schulden von Staaten oder Banken in der Öffentlichkeit ankommen.

Zum Umfang der Haushaltsmittel für die Eurozone haben sich die Vorstellungen Frankreichs und Deutschlands etwas angenähert. Wollte Macron ursprünglich eine dreistellige Milliardensumme zur Verfügung stellen, ist jetzt eine niedrige zweistellige Milliardensumme im Gespräch (Die Welt, 2018b) – ein Entgegenkommen gegenüber der Bundesregierung, um deren Zustimmung zu erlangen und das Projekt überhaupt vorantreiben zu können. Die Vereinbarung wurde auch als Gegenleistung für das demonstrative Entgegenkommen Macrons in der Asylpolitik gewertet, die die Bundesregierung in Gefahr gebracht hatte (Zeit Online, 2018). Eine schlechte Überraschung war die Zurückhaltung des SPD-Finanzministers Olaf Scholz, der sich als Hüter einer soliden Finanzpolitik profilieren wollte (Süddeutsche Zeitung, 2018). Innerhalb der SPD hagelte es Kritik an dieser Haltung, denn die Reformen der EU voranzutreiben war ein wichtiger Grund für viele Parteimitglieder, der unbeliebten Koalition mit der CDU/CSU doch noch zuzustimmen. Die wenig expansive Finanzpolitik Scholz erinnerte mehr an die Haltung seines Vorgängers, Wolfgang Schäuble (CDU), der sich auf europäischen Bühnen gerne als Sparmeister inszenierte. Die Zurückhaltung Scholz hat seitdem etwas abgenommen, bleibt aber ein Risiko für die Finanzierung künftiger EU-Reformen.

Auf gutem Weg ist die Neugestaltung des Elysée-Vertrages. Seit 1963 ist der Elysée-Vertrag einer der Grundsteine deutsch-französischer Kooperation, doch nach 55 Jahren ist eine Überarbeitung durchaus angebracht. Der Wunsch Macrons ist es, Deutschland und Frankreich als Musterbeispiel vertiefter europäischer Integration voranzubringen. So möchte er erreichen, dass für Unternehmen beider Länder dieselben Gesetze gelten (Macron, 2017), sozusagen als Vorläufer eines zusammengefassten Wirtschaftsraums, weit über den bisherigen gemeinsamen Markt hinaus. Angesichts verschiedener Rechtstraditionen und der weitverzweigten juristischen Implikationen in einem komplexen Umfeld wäre das nichts weniger als eine kleine Revolution. Die von Bundestag und Nationalversammlung verabschiedete Resolution spricht von „der Erwägung, dass Frankreich und Deutschland eine vollständige und rasche Integration ihrer Märkte anstreben und dass beide Länder sich gemeinsam für einen vollständig integrierten europäischen Binnenmarkt einsetzen“ (Bundestag/Assemblée nationale, 2018, S. 3).

Es lohnt sich auch ein Blick abseits der stärker mediatisierten Pläne und Entscheidungen. Eine Überschneidung zwischen Macrons Sorbonne-Rede und dem aktuellen Koalitionsvertrag findet sich zum Beispiel bei der Forschung im Feld der künstlichen Intelligenz: das „lasst uns Forschungen in neuen Bereichen wie denen der künstlichen Intelligenz finanzieren“ (Macron, 2017) spiegelt sich mit den Aussagen „Deutschland und Frankreich müssen insbesondere auch Innovationsmotor sein und werden dies in Vorhaben wie der Erforschung von künstlicher Intelligenz unter Beweis stellen“ (CDU/CSU/SPD, 2018, S. 9) und „wir werden gemeinsam mit unseren französischen Partnern ein öffentlich verantwortetes Zentrum für künstliche Intelligenz errichten“ (CDU/CSU/SPD, 2018, S. 35) im Koalitionsvertrag wieder. Die deutsche Seite hat ebenfalls einige Ideen, welche Projekte die europäische Integration voranbringen würden. Im Koalitionsvertrag steht zum Beispiel die Forderung nach einem zivilen Pendant zu PESCO, der die Entwicklungspolitik der Mitgliedstaaten besser koordinieren würde (CDU/CSU/SPD, 2018, S. 145).

Kompatible Partner?

Von der sinnvollen Zusammenarbeit Frankreichs und Deutschlands auf EU-Ebene hängt viel ab. Die Rolle dieser beiden Schlüsselstaaten ist im Laufe der EU-Erweiterung nicht geringer geworden, ganz im Gegenteil. Um die Europäische Union zusammenzuhalten und zusammenzuführen, bedarf es größerer Entwürfe, an denen sich die Mitgliedstaaten reiben oder orientieren können. Eine derart tiefe Zusammenarbeit wie die deutsch-französische sucht bisher seinesgleichen, weder die deutsch-polnische Partnerschaft, noch andere Formate konnten vergleichbare europäische Impulse setzen.

Allen Unterschieden zum Trotz scheinen auch bei den aktuellen Themen Kompromisse möglich. Grundsätzliche Inkompatibilitäten gibt es nicht, lediglich überwindbare Meinungsverschiedenheiten. Sie deuten sich bereits in der Finanzpolitik an und könnten bald auch andere Politikfelder umfassen.

Der Artikel wurde im Juli 2018 fertiggestellt.

Literaturangaben

- Baralon M. (2017), *Migrants: les contradictions de l'exécutif*, 18.12.2017, www.europe1.fr, 31.07.2018.
- Becker M., Heyer J. A., Pauly Ch. (2018), *Macron, Muster-Europäer a. D.*, 12.07.2017, www.spiegel.de, 31.07.2018.
- Bil I. (2017), *Startet die Europäische Verteidigung jetzt durch?*, 17.11.2017, www.ipg-journal.de, 31.07.2018.
- Bundestag/Assemblée nationale (2018), *Gemeinsame Resolution von Assemblée nationale und Deutschem Bundestag zum 55. Jahrestag des Elysée-Vertrags am 22. Januar 2018*, www.bundesregierung.de, 31.07.2018.
- CDU/CSU/SPD (2018), *Ein neuer Aufbruch für Europa – Eine neue Dynamik für Deutschland – Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 19. Legislaturperiode*, www.spdfraktion.de, 31.07.2018.

- Die Presse (2018), „*Frexit*“: Zwei Drittel der Front-National-Mitglieder für Euro-Ausstieg, 10.03.2018, <https://diepresse.com>, 31.07.2018.
- Der Westen (2018), *Dobrindt schließt Bruch der Unionsfraktion nicht aus*, 22.06.2018, www.derwesten.de, 31.07.2018.
- Deschaux-Dutard D. (2018), *Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft*, „Welt-Trends“, Nr. 139, Mai, S. 31–35.
- Die Welt (2018a), *Söder wirft Merkel Alleingang beim Euro-Haushalt vor*, 21.06.2018, www.welt.de, 31.07.2018.
- Die Welt (2018b), *Verhandler melden Fortschritte für deutsch-französischen Vorschlag zu EU-Reform*, 17.06.2018, www.welt.de, 31.07.2018.
- Europäische Kommission (2018a), *Das Frühjahrspaket des Europäischen Semesters 2018 im Überblick, Factsheet vom 23. Mai 2018*, <https://europa.eu>, 31.07.2018.
- Europäische Kommission (2018b), *Einigung auf Reform der Entsenderichtlinie: Gleiches Geld für gleiche Arbeit*, 01.03.2018, <https://europa.eu>, 31.07.2018.
- European Union External Action (2018), *Ständige Strukturierte Zusammenarbeit – SSZ*, 06.03.2018, <https://eeas.europa.eu>, 31.07.2018.
- Handelsblatt (2018), *CDU-Präsidium schiebt Macrons Euro-Zonen-Budget auf die lange Bank*, 16.04.2018, www.handelsblatt.com, 31.07.2018.
- Helwig N. (2017), *Neue Aufgaben für die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO, Eine inklusive Verteidigungspolitik setzt eine enge Kooperation mit der NATO voraus*, www.swp-berlin.org, 31.07.2018.
- Institut national de la statistique et des études économiques (2018), *Informations rapides n°80 du 26 mars 2018, dette trimestrielle de Maastricht et administrations publiques*, www.insee.fr, 31.07.2018.
- Lambreccq M. (2017), *Au FN, l'hypothèse du Frexit est définitivement enterrée*, 13.10.2017, <http://www.europe1.fr>, 31.07.2018.
- Macron E. (2017), *Initiative pour l'Europe – Discours d'Emmanuel Macron pour une Europe souveraine, unie, démocratique*, <http://www.elysee.fr>, 31.07.2018.
- Normand G. (2018), *Merkel-Macron: un (modeste) budget de la zone euro rempli d'incertitudes*, 20.06.2018, www.latribune.fr, 31.07.2018.
- Scholz O. (2018), *Rede von Olaf Scholz, Bundesminister der Finanzen, anlässlich der Einbringung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2018 am 15. Mai 2018 im Deutschen Bundestag*, www.bundesfinanzministerium.de, 31.07.2018.
- Stelter D. (2017), *Jetzt wird es richtig teuer*, 23.10.2017, www.manager-magazin.de, 31.07.2018.
- Stierle S. (2018), *Doch keine transnationalen Wahllisten*, 08.02.2018, www.euractiv.de, 31.07.2018.
- Süddeutsche Zeitung (2018), *Scholz: Deutschland muss mehr zahlen*, 17.03.2018, www.sueddeutsche.de, 31.07.2018.
- Zeit Online (2018), *Merkel und Macron fordern Budget für die Eurozone*, 19.06.2018, www.zeit.de, 31.07.2018.

The year of Macron and Merkel. What are the achievements of the German-French partnership?

Summary

Cooperation between France and Germany is crucial for the future of the European Union. Slowed down by lengthy coalition negotiations in the aftermath of German elections, cancell-

lor Merkel has been late to give an answer to reform proposals from president Macron. There have been a few improvements concerning European defence policy and the Posting of Workers Directive. More important topics, including European financial policy, are still being vividly debated. Aside from current difficulties and strong reservations from within Merkel's conservative party, the way for a practicable compromise seems to be paved.

Key words: France, Germany, European Financial Policy, European Social Policy, European Defence Policy

Rok Macrona i Merkel. Jakie są osiągnięcia partnerstwa niemiecko-francuskiego?

Streszczenie

Współpraca między Francją i Niemcami ma kluczowe znaczenie dla przyszłości Unii Europejskiej. Osłabiona po wyborach w 2017 r. długotrwałymi negocjacjami koalicyjnymi kanclerz Merkel spóźniła się z udzieleniem odpowiedzi na propozycje reform w UE prezydenta E. Macrona. Wprowadzono zaledwie kilka poprawek dotyczących europejskiej polityki obronnej i dyrektywy w sprawie delegowania pracowników. Ważniejsze tematy, w tym europejska polityka finansowa, są wciąż żywo debatowane. W obliczu obecnych trudności i silnych zastrzeżeń ze strony konserwatywnej części CDU i CSU dla polityki europejskiej rządu, wydaje się, że Merkel jest na dobrej drodze do osiągnięcia pragmatycznego kompromisu z Francją.

Słowa kluczowe: Francja, Niemcy, europejska polityka finansowa, europejska polityka socjalna, europejska polityka obronna

